

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 7

- Halle 2000 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Jana Wüstenhagen (v. i. S. d. P.); Inga Grebe
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Frank Hirschinger

Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ in den Jahren 1947-1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt..... 5

Robert Grünbaum

Trügerischer Schein. Anmerkungen zum „Ende der Buchzensur“ in der DDR im Jahr 1988.....45

Inga Grebe

Grußadressen, Kleiderspenden, Kadenschulung: Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens.....57

Matthias Uhl

„Betrifft: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen Häftlinge der Mittelwerke“ – Der Kreisvorstand der SED Nordhausen und die versuchte Herausgabe von Häftlingsgeldern.....84

Grußadressen, Kleiderspenden, Kaderschulung: Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens

Von Inga Grebe

Die Teilnahme deutscher Kämpfer am spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) erzeugte eine tiefe emotionale Bindung zwischen den Kommunisten beider Länder. So erscheint es selbstverständlich, daß die SED, in der einstige Spanienkämpfer höchste Positionen inne hatten¹, die spanische „Bruderpartei“ unterstützte. In der DDR wurde ein „Solidaritätskomitee für das spanische Volk“ gegründet, die spanischen Genossen erhielten finanzielle und materielle Hilfe seit Gründung der DDR 1949 bis zur Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS, auch: KPSP) im Jahre 1977.

Anhand der Akten der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED in der Stiftung Parteien- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch, Berlin) konnten die Formen und das Ausmaß dieser Unterstützung rekonstruiert werden. Bisher unbekannt Details fanden sich auch in den Akten der SED-Bezirksleitung Dresden. Ein Gespräch der Autorin mit dem ehemaligen Generalsekretär der KP Spaniens, Santiago Carrillo, am 14. September 1998 lieferte weitere Hintergrundinformationen.²

Nicht nur die Emotionalität der Beziehungen der beiden Parteien und der Umfang der geleisteten Hilfe machen die Solidarität mit der KPS zu einem interessanten Forschungsgegenstand. Es zeigte sich, daß sich in den fünfziger und sechziger Jahren Handlungsmuster ausprägten, die später auch bei der Solidarität mit den revolutionären Bewegungen Asiens und Afrikas wirksam wurden. In allen Fällen wollte die SED den revolutionären Weltprozeß mit Hilfe der Solidarität forcieren.

¹ Allein sechs Mitglieder des Politbüros waren Spanienkämpfer: Paul Verner, Alfred Neumann, Heinrich Rau, Anton Ackermann, Franz Dahlem und Kurt Hager (auf die spätere Entfernung aus dem Politbüro sowohl Anton Ackermanns als auch Franz Dahlems kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden). Andere Spanienkämpfer erhielten Stellen in Polizei, Verwaltung oder Staatsapparat. Das führt nicht nur das biographische Handbuch *Wer war wer in der DDR*, hg. von Bernd-Rainer Barth/Christoph Links/Helmut Müller-Enbergs/JanWiegelohs, Frankfurt/Main 1995 vor Augen. Das Selbstbewußtsein der Spanienkämpfer dokumentiert auch der Memoirenband *Brigada Internacional ist unser Ehrenname. Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer*, hg. von Maaßen, 2 Bde., Berlin (O) 1974.

² Dieses Interview wurde in den Hallischen Beiträgen zur Zeitgeschichte, Heft 6, Halle 1999, S. 75-92 veröffentlicht.

I. Was ist Solidarität?

Der Solidaritätsbegriff ist keine Erfindung der Kommunisten, auch wenn sie ihn für sich reklamierten und zu einem Grundpfeiler ihrer Ideologie machten. In Westeuropa hat er eine lange Tradition von der französischen Revolution bis heute. Seine Schlüsselbedeutung lag in den letzten Jahrzehnten in der „Schaffung einer humanen und sozial gerechten Lebenswirklichkeit“.³

Ein Blick in das vom SED-eigenen Dietz-Verlag herausgegebene „Kleine Politische Wörterbuch“ von 1978 zeigt jedoch, daß aus der Perspektive der SED unter ‚Solidarität‘ etwas anderes verstanden werden sollte. Die Autoren definierten ‚Solidarität‘ als „klassenmäßig bestimmtes Verhaltensprinzip, Zusammengehörigkeitsgefühl, Übereinstimmung, gegenseitige Unterstützung und Verpflichtung, Hilfs- und Opferbereitschaft“.⁴ Die Betonung des vorangestellten Ausdrucks ‚klassenmäßig‘ verlieh dem Begriff ‚Solidarität‘ eine entschieden ideologische Wendung. Nur innerhalb einer gesellschaftlichen Klasse könne Solidarität entstehen: „Solidarität ist stets Klassensolidarität“.⁵ Wirkliche Solidarität sei allerdings allein in der Arbeiterklasse möglich. Nur das Proletariat sei mit Recht als die Klasse anzusprechen, „die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Lage, historischen Aufgabenstellung, Denkweise, Organisiertheit, Konsequenz und Aktion in sich solidarisch ist“.⁶ In der sozialistischen Gesellschaft soll Solidarität nach Weigand ein selbstverständliches Verhaltensprinzip sein.⁷ Die Gesellschaft soll ein Kollektiv sein, in dem Interessengegensätze ausgeschlossen sind. Das gilt sowohl für den einzelnen Staat als geschlossenes Ganzes als auch für die sozialistische Staatengemeinschaft. Konflikte innerhalb des Kollektivs kann

³ Jürgen Schmelter: Solidarität. Die Entwicklungsgeschichte eines sozioethischen Schlüsselbegriffs, München 1991, S. 8.

⁴ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (O) 1978, S. 787.

⁵ Bernd Bittighöfer/Martin Döbler u.a.: Lebensweise und Moral im Sozialismus, Berlin (O) 1972, S. 322.

⁶ Kleines Politisches Wörterbuch, 1978, S. 787. Zwar gibt es nach dem Kleinen Politischen Wörterbuch auch in anderen Klassen Solidarität, aber sie können niemals auf die gleiche Art und Weise wie die Arbeiterklasse solidarisch sein. Die Solidarität beispielsweise in den Reihen der Bourgeoisie kommt nur im Rahmen des Klassenkampfes zustande: durch äußerlichen Zusammenschluß gegen den gemeinsamen Klassenfeind. Zu einem inneren solidarischen Zusammenschluß, wie er nur für die wirkliche Solidarität der Arbeiterklasse typisch ist, kommt es hingegen nicht. „Die Kapitalistenklasse ist „solidarisch“ in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse, untereinander jedoch ist ein Kapitalist des anderen Feind. Die Arbeiterklasse hingegen ist nicht nur solidarisch in ihrem gemeinsamen Kampf gegen alle Ausbeuter. Ihre Klassensolidarität erfordert auch das solidarische Eintreten füreinander“. Ebd.

⁷ Vgl. Wolfgang Weigand: Solidarität durch Konflikt. Zu einer Theorieentwicklung von Solidarität, Münster 1979, S. 211.

es nicht geben, denn im Kollektiv verhält sich der einzelne selbstverständlich solidarisch. Nur durch Klassengegensätze kommt es zu Konflikten.

Kurzum: „Zusammengehörigkeitsgefühl und Übereinstimmung“ wurden so zum Ausdruck von Klassenbewußtsein; „gegenseitige Unterstützung und Hilfs- und Opferbereitschaft“ zum tatkräftigen Beitrag im Klassenkampf.

Schließlich versuchten auch DDR-Gesellschaftswissenschaftler, den Solidaritätsbegriff von allen Verbindungen zu christlich-humanistischem Gedankengut zu befreien: „Sozialistische Hilfsbereitschaft; internationalistische Solidarität sind nicht philanthropisches Mitleid mit armen und notleidenden Menschen, sind mehr als Nächstenliebe“.⁸ Konsequenterweise unterstützte die DDR deshalb - und unabhängig von humanitären Gesichtspunkten - die kommunistischen Regime in Vietnam und Nicaragua, aber auch den Irak, von dem angenommen wurde, er befinde sich auf einem sozialistischen Entwicklungsweg.⁹ In Afrika wurden von der DDR unter anderem die politischen Bewegungen ZAPU (Simbabwe), MPLA (Angola) und FRELIMO (Mosambik) finanziell gefördert. Als diese Organisationen die Macht in ihren Ländern übernommen hatten, wurden dann entsprechend die Staaten als Ganzes unterstützt.¹⁰ Erst danach fand auch humanitäre Hilfe, die üblicherweise unter dem Begriff der Solidarität subsumiert wurde, statt.

Die weltanschaulich motivierte Solidarität der SED reihte sich dabei nahtlos ein in das Konzept des „proletarischen Internationalismus“. Um dem Imperialismus effektiv entgegenstehen zu können, mußte die Arbeiterbewegung international kooperieren. Dies erforderte jedoch eine gemeinsame Leitidee, die durch den Gedanken des „proletarischen Internationalismus“ repräsentiert wurde. So wurde der Internationalismus, „seit der Herausbildung des Imperialismus und besonders seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zur ständigen und unabdingbaren Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse.“¹¹ Die Solidarität als zentrales Moment dieser „unabdingbaren Lebensnotwendigkeit“ enthält dabei wesentlich den „brüderlichen Zusammenhalt“ der revolutionären Kräfte

⁸ Bittighöfer/Döbler, *Lebensweise und Moral im Sozialismus*, S. 321.

⁹ Die Beziehungen zu Nicaragua teilten sich in reguläre Wirtschaftsbeziehungen, Lieferung von Rüstungsgütern und kostenlose Unterstützung in Form von Sachmitteln und medizinischer Betreuung. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Irak nahmen in den achtziger Jahren den Charakter einer Solidaritätsleistung an, da der Irak auflaufende Schulden nicht beglich. 1989 schuldete der Irak der DDR 1,051 Milliarden DM. Vgl. SAPMO BArch DY 30/IV 2/2.039 Bl. 299 und 300.

¹⁰ Vgl. u.a. Ilona Schneider: *Zwischen Herzenswunsch und politischem Kalkül - DDR-Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika - Annäherung an ein Erbe*, Berlin 1998.

¹¹ Johannes Zelt: *...und nicht vergessen - die Solidarität*, Berlin (O) 1960, S. 20.

eines einzelnen Landes „mit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.“¹² Eine Rückkopplung auf revolutionäres Potential der jeweiligen Länder war dabei einkalkuliert und erwünscht. Man erhoffte sich von der praktisch vollzogenen Solidarität politische Vorteile für eine weitere Etablierung des „sozialistische[n] Weltsystem[s]“ als der „entscheidende[n] Kraft im antiimperialistischen Kampf.“¹³

Konkret ließen sich grundsätzlich zwei verschiedene Arten von solidarischem Handeln ausmachen. Auf der einen Seite standen ideelle Solidaritätsbekundungen wie Resolutionen, Kundgebungen oder Grußadressen. Auf der anderen Seite stand die Unterstützung der KPS mit Sachwerten oder direkten finanziellen Zuwendungen. Bereits diese finanzielle Dimension der Solidarität für die illegal operierenden spanischen Kommunisten machte deutlich, daß es sich aus Sicht der SED um eine maßgebliche politische Aufgabe handelte. So wurde der KPS allein vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in den Jahren 1962 bis 1964 eine Summe von ca. 500.000 Mark zur Verfügung gestellt¹⁴, ein Betrag, der in etwa dem entspricht, den ANC und ZAPU zusammen erhielten.¹⁵

Selbstverständlich kam diese Unterstützung nur Kommunisten zu. Die Noten und Briefe der als „bürgerlich“ eingestuften spanischen Exilregierung¹⁶, die bei der SED-Regierung um eine Unterstützung spanischer Emigranten bzw. um den Boykott des Franco-Regimes baten, blieben „in Abstimmung mit anderen sozialistischen Ländern unbeantwortet“, wie ein Oberreferent des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten am 13. Januar 1964 der Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee (ZK) der SED mitteilte.¹⁷

¹² Kleines Politisches Wörterbuch 1978, S. 788.

¹³ Ebd. Das Lexikon des DDR-Sozialismus engt den Begriff des Internationalismus unzulässigerweise auf die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander ein. Ein eigenes Stichwort zur Solidarität fehlt. Vgl. Manfred Wilke/Steffen Alisch: Internationalismus, proletarischer und sozialistischer. In: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus – Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn u.a. 1996, S. 310 ff.

¹⁴ Zur weiteren finanziellen Unterstützung vgl. unten Abschnitt III. c).

¹⁵ In den siebziger Jahren kehrte sich das Verhältnis um. Nach Afrika flossen nun Millionenbeträge. Vgl. Schneider: Herzenswunsch, S. 70 f.

¹⁶ Die letzte Regierung der spanischen Republik unter dem Präsidenten José Giral ging am Ende des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) ins Exil nach Mexiko. 1946 traten dieser Exilregierung die spanischen Kommunisten mit Santiago Carrillo als ihrem Vertreter bei. Schon ein Jahr später schloß der neue Regierungschef Alvaro de Albornoz die Kommunisten aus der Regierung aus. Seit der Konsolidierung des Franco-Regimes in den sechziger Jahren wurde sie nur noch von dem Gastgeberland Mexiko als eigentlich rechtmäßige Regierung anerkannt.

¹⁷ SAPMO BArch DY 30 IV B 2/20/535, unpag.

Anders jedoch bei den spanischen Kommunisten. Die KP Spaniens konnte über die Jahre fest mit der Unterstützung durch die SED rechnen, so daß Politbüromitglied Santiago Álvarez auf dieser Grundlage mehrfach imstande war zu äußern: „Indem wir auf Euren Internationalismus und Eure Solidarität vertrauen, zweifeln wir nicht, daß Ihr unsere Bitte erfüllen werdet.“¹⁸ Die SED bescheinigte sich selbst, daß sie „stets brüderliche Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse und den Werktätigen in der ganzen Welt“ übte.¹⁹ Sie sah es als ihre Aufgabe, und hier sei nochmals das Kleine Politische Wörterbuch zitiert, „alle ihre Mitglieder und alle Werktätigen zu solidarischem Denken und Handeln zu erziehen.“²⁰

II. *Der Weg der DDR zur Solidarität mit der KPS*

Nach dem Ende des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) verfügte die Kommunistische Partei Spaniens über die einzige bewaffnete Organisation des Widerstandes in Spanien. Sie führte und finanzierte den Guerrillakampf gegen das Regime Francos. Nach und nach geriet sie jedoch innenpolitisch in die Isolation. Auch im internationalen Rahmen verlor sie zusehends an Gewicht. In dem 1947 neugegründeten Kominformbüro der kommunistischen Weltbewegung war sie gar nicht erst vertreten. Im August 1948 jedoch stellte die Leitung der spanischen KP den Antrag, in das Kominform aufgenommen zu werden. Der Antrag blieb von sowjetischer Seite unbeantwortet, da Spanien 1948 offenbar keinen politisch-strategischen Wert für die Sowjetunion besaß. Die sowjetische Führung übertrug diese Einschätzung offenkundig auf die Kommunistische Partei Spaniens, indem sie ihren Antrag mißachtete.²¹ Auch in der DDR kam diese Haltung zum Ausdruck. Als 1949 in den USA eine „zweite Weltwoche für die Freiheit Spaniens“ stattfand, wiesen die spanisch-republikanischen Emigranten am 19. Februar 1949 in Berlin auf das vermeintliche Desinteresse in der SBZ hin: „Die Stimme des demokratischen Deutschlands muß auch seinen Protest gegen die spanischen Henker erheben.“ Die SED – zu diesem Zeitpunkt weitgehend mit den Problemen des Aufbaus ihrer Herrschaft ausgelastet – reagierte auf diesen Aufruf der Spanier zur Solidarität mit ihrem Kampf gegen Franco

¹⁸ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/533, unpag. In diesem Falle handelte es sich darum, einen Spanier als politischen Emigranten in der DDR aufzunehmen. Solche Bitten an die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED finden sich seit Beginn der fünfziger Jahre bis zur Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens im Jahre 1977 häufig in den Akten.

¹⁹ SAPMO BArch DY 30 IV B 2/20/533, unpag.

²⁰ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (O) 1967, S. 578.

²¹ Vgl. Gregorio Morán: *Miseria y grandeza del Partido Comunista de España*, Barcelona 1986, S. 127.

nicht.²²

In den 50er Jahren beschränkten sich die Solidaritätsleistungen der SED vor allem auf die Unterstützung der spanischen Emigranten in der DDR oder die Gewährung von Genesungsaufenthalten für spanische Parteimitglieder. Erst als es 1962 zu den ersten großen Streiks in Spanien kam, wurde die SED aufmerksam. Die KPS bat bei der SED um Solidaritätsaktionen für die streikenden Bergarbeiter in Asturien.²³ Um die Hilfe zu rechtfertigen, verfaßten die spanischen Kommunisten eine Denkschrift, in der sie hervorhoben, Spanien stehe „am Vorabend des Zusammenbruchs des Franquismus.“²⁴ Die Denkschrift bezeichnete Spanien im Sinne der Leninschen Revolutionstheorie als „z.Zt. zweifellos das schwächste Kettenglied in Westeuropa“²⁵, dessen Wichtigkeit für einen Umsturz nicht genug betont werden konnte: „Es ist unserer Meinung nach überflüssig, die Bedeutung eines demokratischen Umschwungs in Spanien hervorzukehren. Es genügt, lediglich zu unterstreichen, was die Demontage einer der größten Yankee-Basen in Westeuropa mit sich bringt, was ein Umschwung im bestehenden Kräfteverhältnis Westeuropas seit der Einführung des Marshall-Planes heißt.“²⁶ Hatte in der kommunistischen Bewegung der Kominformperiode die Auffassung vorgeherrscht, daß es erst in Frankreich und Italien zu einem Umbruch kommen müsse, so wollte die KP Spaniens jetzt den Eindruck erwecken, daß es leichter sei, zuerst in Spanien diesen Umbruch zu erzielen. Die Streiks in Asturien und im Baskenland untermauerten diese Theorie. Daß diese Streiks nicht allein von der kommunistischen Partei organisiert waren, spielte in ihrem Kalkül keine Rolle.

Die von Santiago Carrillo ins Leben gerufene „Aktionseinheit“ mit der Bourgeoisie wurde von den Spaniern der SED gegenüber positiv herausgestellt. Es „wurden auf dem Gebiet der Aktionseinheit bedeutende Fortschritte erzielt.“²⁷ Die KPS versicherte der SED zudem glaubhaft, „daß die übrigen Kräfte der antifranquistischen Opposition sich der Rolle und des Einflusses der Kommunistischen Partei bewußt sind. Etwas schematisch gesagt, brauchen wir nicht mehr ständig zu ihnen zu kommen,

²² SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/271, unpag.

²³ Hier sah die spanische KP die Möglichkeit, die Streiks auszuweiten und einen Nationalstreik anzustoßen, der zum Sturz Francos führen sollte. Zu den Bergarbeiterstreiks vgl. Manuel Tuñón de Lara (dir.): *Historia de España*, tomo X: *España bajo la dictadura franquista (1939-1975)*, Barcelona 1994, S. 320-333. Zu den verschiedenen Konzepten des Nationalstreiks der KPS (‘Huelga Nacional Política’ und ‘Huelga Nacional Pacífica’) vgl. Morán: *Miseria y grandeza*, S. 329 ff.

²⁴ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/533, unpag.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

um die Einheit zu erreichen, sondern sie klopfen nunmehr an unsere Tür.“²⁸

Für die SED galt das bemerkenswerterweise nicht, sie mußte erst auf die Kommunistische Partei Spaniens hingewiesen werden, bevor sie Solidaritätsaktionen in die Wege leitete. Erst *nachdem* die spanische KP die SED mittels solcher Briefe davon überzeugt hatte, daß sie eine wichtige Kraft in Spanien sei, begann die SED, die KP Spaniens im Rahmen ihrer internationalen Solidarität zu fördern.

III. Konkrete Ausprägungen der Solidarität

a) Ideelle Hilfe

Einige Maßnahmen dieser internationalen Solidarität waren ideeller Art, wie Medienagitation, Protestresolutionen, Kundgebungen, Grußadressen, der Austausch von Delegationen sowie die Ermöglichung konspirativer Arbeit der spanischen ‚Bruderpartei‘. Sie waren dabei nicht unbedingt an *eine* Institution in der DDR gebunden.

So erschienen im SED-Organ „Neues Deutschland“ (ND) seit Beginn der sechziger Jahre regelmäßig kurze Artikel, in denen auf die politische Situation in Franco-Spanien und den Kampf der KPS aufmerksam gemacht wurde. Die Leser wurden aufgefordert, den politischen Gefangenen im Gefängnis in Burgos²⁹ und ihren Angehörigen Solidaritätsbriefe oder an den Justizminister in Madrid Protestresolutionen zu schreiben. Für diese Protestresolutionen wurden in der DDR eigens Postkarten gedruckt, die nur noch frankiert werden mußten; eine Aktion, die erhebliche Resonanz hatte.³⁰ Auch die Danksagungen der Gefangenen belegen, daß eine hohe Anzahl von Postkarten und Solidaritätsbriefen bei den Gefangenen angekommen sein muß, wie diese Rückmeldung belegt: „El presente tiene el objeto de comunicaros que hemos recibido de los camaradas presos en el Penal de Burgos (España), con ruego de que se os haga llegar a vosotros, un recuerdo suyo, en prueba de reconocimiento y agradecimiento por cuanto venís haciendo en favor de los presos antifranquistas españoles.“³¹

²⁸ Ebd.

²⁹ In Burgos befand sich das größte Gefängnis für politische Gegner des Franco-Regimes.

³⁰ Sächsisches Hauptstaatsarchiv (im folgenden: SächsHSta), SED-Bezirksleitung Dresden, Abteilung Internationale Verbindungen IV/A/2.18.646, unpag.

³¹ „Hiermit teilen wir Euch mit, daß wir von unseren Genossen Gefangenen im Gefängnis von Burgos (Spanien) ein Erinnerungsstück erhalten haben, mit der Bitte, es Euch zukommen zu lassen als Beweis der Anerkennung und Dankbarkeit für alles, was Ihr für die antifranquistischen Gefangenen getan habt.“ SAPMO BArch DY 30 IV A

In den Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED wird der Beginn derartiger Solidaritätsleistungen ab 1960 dokumentiert. Die spanische Partei hatte explizit darum gebeten, ihre Kampagne „gegen den Terror des Franco-Regimes in Presse und Rundfunk evtl. auch in Meetings zu unterstützen.“³² Enrique Líster vom ZK der spanischen KP hatte diese Bitte in einer Aussprache mit Horst Sindermann von der Abteilung Agitation beim ZK der SED vorgebracht.³³ Sindermann hatte Líster solche Unterstützung auch zugesagt, allerdings wollte er die Unterstützung verbunden sehen mit Angriffen auf die „Politik des [west]-deutschen Militarismus“, die beabsichtige, „zu einem Bündnis mit Franco-Spanien zu kommen.“³⁴ Er sah die Chance „nachzuweisen, mit wem sich die Bonner Militaristen verbünden und warum sie sich gerade mit Franco-Spanien verbünden.“³⁵ Ganz im Sinne dieser Erklärung stellte das Neue Deutschland eine Kontinuität von „Hitlerdeutschland“ zu den „Bonner Militaristen“ über die Legion Condor³⁶ her. Auf der ersten Seite des Zentralorgans wurde dargelegt, daß die Legion Condor maßgeblich am Ausgang des Bürgerkrieges Anteil hatte.³⁷

Zu den mit Sindermann 1960 abgesprochenen Maßnahmen gehörte ebenfalls, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen in Zukunft „vor allem mehr Meldungen über den Terror in Spanien“³⁸ bringen sollten. Sindermann schlug Ulbricht per Hausmitteilung außerdem eine Matinée in Berlin vor, die „unsere[r] Solidarität mit den Unterdrückten in Spanien Ausdruck geben soll.“³⁹ Mit Enrique Líster verblieb man so, daß man den Kontakt zur KPS über die in der DDR lebenden Spanier halten wollte.

2/20/533, unpag.

³² SAPMO BArch DY 30 IV 9.02/22, Bl. 185.

³³ Walter Ulbricht wurde über diese Aussprache am 9. März 1960 in einer Hausmitteilung informiert. Auf Bezirksleitungsebene reagierte man erst später. Am 4. Januar 1961 fand eine Aussprache der Abteilung Agitation und Propaganda bei der Bezirksleitung Dresden über die weitere Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der KP Spaniens, die in Dresden lebten, statt. In der Aussprache wurde überlegt, wie „die Solidaritätsaktionen der spanischen Genossen für die Unterstützung der Häftlinge in Spanien“ unterstützt werden könnten.

³⁴ SAPMO BArch DY 30 IV 9.02/22, Bl. 185.

³⁵ Ebd.

³⁶ Die Legion Condor war eine Legion der deutschen Wehrmacht, mit der Hitler die Truppen Francos im spanischen Bürgerkrieg unterstützte und neue Waffen testete.

³⁷ Vgl. ND 10.3.1960, 15. Jg., Nr. 70, S. 1.

³⁸ SAPMO BArch DY 30 IV 9.02/22, Bl. 186. Dem wurde mittels kurzer Meldungen im Neuen Deutschland Rechnung getragen. Allein im letzten Drittel des Jahres 1963 erschienen 13 Artikel, welche die Leser des Neuen Deutschland über die Situation in Spanien informierten. Darunter befand sich auch ein „Appell des Solidaritätskomitees an alle Bürger der DDR“, „sich an die Seite des mutig kämpfenden spanischen Volkes zu stellen“ und „gegen den unmenschlichen Terror der Franco-Diktatur zu protestieren“. Vgl. ND 13. Oktober 1963, S. 7.

³⁹ Ebd.

Die Spanier griffen den Gedanken Sindermanns, Angriffe gegen Franco-Spanien mit Angriffen gegen die Bundesrepublik zu verbinden, auf. Bei einem Folgegespräch am 20. Januar 1963 wiesen sie von sich aus darauf hin, daß einen „Schlag gegen Franco zu führen, wie z.B. eine internationale Amnestiekampagne, ... dem Interesse des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und gegen den amerikanischen Militarismus“⁴⁰ entspräche. Sie argumentierten geschickt im Sinne der SED, daß „die Amnestiekampagnen gegen das Franco-Regime ... also Waffen im Kampf gegen die einheimische Reaktion eines jeden westeuropäischen Landes“ seien.⁴¹ Immer wieder wies die spanische KP darauf hin, daß „Spanien heute der schwächste Punkt in bezug auf die Lage in Westeuropa und gleichzeitig in den Plänen der Imperialisten einer der Hauptpunkte des kalten Krieges und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges ist.“⁴²

1961 kam Josep Moix, ein Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Spaniens, zu Beratungen mit der SED in der Frage der Solidaritätsaktionen nach Berlin. Er beriet sich mit Peter Florin, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, Reginald Grimmer, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda, und einem weiteren Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen. In dieser Beratung erläuterte Moix das Konzept der ‚Huelga Nacional‘ (Nationalstreik) der spanischen KP. Um diesen Generalstreik verwirklichen und das Franco-Regime stürzen zu können, versuchte die KP Spaniens, spanische Emigranten zu mobilisieren, weil sie ihrer Meinung nach „die besten und geschultesten Kader der Partei“⁴³ waren. Hintergrund der Aktion war eine gewisse Kampfmüdigkeit bei vielen Kommunisten in Spanien. Um die Rückkehr der Emigranten zu ermöglichen, war jedoch

⁴⁰ SAPMO BArch IV A 2/20 533, unpag.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

⁴³ SAPMO BArch DY 30 IV 9.02/60, Bl. 88. Dem offiziellen Gespräch schloß sich ein heikleres, informelles an. Die DDR beabsichtigte, sich auf der Wirtschaftsmesse in Barcelona zu präsentieren und fragte bei der Kommunistischen Partei Spaniens vorsichtig an, ob diese dagegen Einwände hätte. Die spanische Partei erachtete eine Teilnahme der DDR an der Messe als positiv, „da es die Aufmerksamkeit der Spanier auf die Erfolge der sozialistischen Länder wendet“ (Bl. 91). Jahre später fragte die SED nicht mehr um „Erlaubnis“, als sie diplomatische Beziehungen zu Franco-Spanien aufnahm. Entsprechend heftig war die Kritik seitens der KPS. Am 5. Juni 1973 schickte die Parteiführung der spanischen KP das „Memorandum über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen gewissen sozialistischen Staaten und der Franco-Regierung“ an das Zentralkomitee der SED, in dem das „Plenum des Exekutivkomitees der KP Spaniens ... sein Mißfallen und seine Mißbilligung wegen der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen einigen sozialistischen Ländern und dem franquistischen Regime“ zum Ausdruck brachte.“ SAPMO BArch DY 30 IV B 2/20/212, unpag.

eine politische Amnestie in Spanien nötig. Für diese Amnestie bat die KP Spaniens bei der SED um Hilfe. Dazu betonte die Führung der spanischen KP, daß es in der Sowjetunion seit Januar eine Pressekampagne für besagte Amnestie gab. Auch die SED stimmte daraufhin zu, die Spanier zu unterstützen. Als Maßnahmen wurden öffentliche Kundgebungen und die Aufklärung der Öffentlichkeit in der DDR vorgeschlagen. Man wollte die Spanier bei der Vorbereitung der Tage der Internationalen Brigaden⁴⁴ mit einbeziehen und verstärkt mit der KPS zusammenarbeiten. Dabei wurde vor allem Wert auf den Austausch von Informationsmaterialien gelegt.

Die mit Moix vereinbarten Kundgebungen blieben keine leeren Versprechungen. Das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR organisierte eine Kundgebung unter der Losung „Solidarität mit dem heldenhaft kämpfenden spanischen Volk“ für den 24. Mai 1962 in der Aula der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Auf dieser Kundgebung sprachen Franz Dahlem, Vorsitzender des „Solidaritätskomitees für das spanische Volk“, Celestino Uriarte, Verantwortlicher der KP Spaniens in der DDR, Willy Perk (SED) und Werner Lamberz, SED-Politbüromitglied. Vorweg wurde die Nationalhymne der DDR und die Hymne des demokratischen Spaniens gespielt. Im Anschluß an die Reden wurde eine „Solidaritätsadresse an die streikenden spanischen Arbeiter verlesen und verabschiedet“.⁴⁵ Laut Bericht bildete das gemeinsame „Absingen“ des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ den Abschluß der Kundgebung.⁴⁶ Das Neue Deutschland veröffentlichte am 26. Mai unter dem Titel „Salud, spanische Kameraden!“ einen Artikel über diese Kundgebung. Darin hieß es u.a., daß sich Hunderte von Berlinern „zu einer mitreißenden Solidaritätskundgebung für das kämpfende spanische Volk“⁴⁷ versammelt hatten.

Solche Kundgebungen stellten einen Großteil der Solidaritätsaktionen dar. In den ideellen Bereich der politischen Solidarität gehörte aber auch der Austausch von Grußadressen. Offizielle Schreiben zu Jahrestagen der Partei waren normalerweise eine Selbstverständlichkeit unter Bruderparteien. Sie enthielten Glückwünsche und verdeutlichten den Zusammenhalt innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Die Kommunistische Partei Spaniens hatte aber anfangs offensichtlich Sorge, vergessen zu werden. Sie erinnerte am 27. Februar 1950 das ZK der SED an den 30. Jahrestag der Partei. Da es der spanischen KP aufgrund der

⁴⁴ In den Internationalen Brigaden kämpften im spanischen Bürgerkrieg zur Unterstützung der Republik Freiwillige aus allen Teilen Europas, vornehmlich Sozialisten und Kommunisten.

⁴⁵ SAPMO BArch NY 4072/288, Bl. 139.

⁴⁶ Ebd., Bl. 140.

⁴⁷ ND 26. Mai 1962, Nr. 144, S. 5.

„speziellen und bekannten Umstände“⁴⁸ nicht möglich war, diesen Tag zu feiern, hielt sie es „für sehr bedeutungsvoll ..., Zuschriften und Begrüßungen der kommunistischen Bruderparteien zu erhalten“.⁴⁹ Am 11. April 1950 wurde die gewünschte Grußadresse - unterzeichnet von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl - nach Paris⁵⁰ geschickt. Bezeichnenderweise nahm die Adresse nur höchst marginal Bezug auf die Gründung der Partei am 15. April 1920, sondern fast nur auf den „von Hitler und Mussolini organisierten faschistischen Überfall auf das republikanische Spanien“⁵¹ und den „heroischen und opferungsvollen Kampf, den die spanischen Freiheitskämpfer seit diesen Jahren bis zum heutigen Tag ungebrochen, zäh und zuversichtlich um die Befreiung des Landes aus der Tyrannei des Franco-Regimes und seiner imperialistischen Hintermänner führen und an dessen Spitze die Kommunisten stehen.“⁵²

Auch den Austausch von Delegationen verstanden die beiden Parteien als Akt der internationalen Solidarität. Dies zeigte die Wertschätzung, die man sich gegenseitig entgegenbrachte. Das Interesse an der Entsendung von Delegationen auf unterer Ebene begann schon sehr früh. So wurden spanische Kommunisten zu einer Tagung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) am 25. und 26. Mai 1949 in Dresden eingeladen.⁵³ Hier wurde zum ersten Mal die Idee eines „Unterstützungskomitees für das kämpfende Spanien“ erörtert. Von seiten der VVN wollte man eine groß angelegte Kampagne „zu Gunsten der kämpfenden spanischen Antifaschisten“⁵⁴ organisieren. Der 18. Juli als Tag des Beginns des „spanischen Freiheitskampfes“ sollte den Höhepunkt bilden. Der hohe

⁴⁸ SAPMO BArch NY 4072/217, Bl. 4.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Als Anschrift hatte die spanische Partei die Adresse ihrer in Paris erscheinenden Zeitschrift ‚Mundo Obrero‘ (‚Arbeiterwelt‘) angegeben. Die Bedingungen der Illegalität zeigten aber auch die Grenzen der Unterstützung auf. Im August 1970 kamen Solidaritätsgelder, die aus der DDR vom FDGB an die Kontaktadresse in Paris geschickt worden waren, zurück. Die Adresse stimmte nicht mehr und der Kontakt mußte abgebrochen werden. SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁵¹ SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/271, unpag.

⁵² Die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen hatte Wilhelm Pieck am 28. März 1950 gefragt, ob er damit einverstanden wäre, „daß der Genosse Dahlem den Entwurf für unser Schreiben macht. Wilhelm Pieck hatte handschriftlich mit „Ja“ abgezeichnet. Ebd. 1950 war Franz Dahlem, der im spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik gegen Franco gekämpft hatte, noch Mitglied des Politbüros. Er wurde im Mai 1953 ausgeschlossen. Vgl. dazu Georg Herrmann Hodos: Schauprozesse, Berlin 1990, S. 57; Erwin Lewin: Der Konflikt zwischen der Moskauer Parteiführung und dem Sekretariat der der KPD in Paris 1939/40, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 278.

⁵³ Gleichzeitig sollte „die Frage der spanischen Emigranten mit geklärt werden.“ SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/271, unpag.

⁵⁴ Ebd.

Anteil an Spanienkämpfern in der damals überparteilichen VVN ließ sie in jener Zeit zu der Organisation werden, die sich am intensivsten für die Interessen der spanischen KP einsetzte. Durch die Verschiebung in der Zusammensetzung des Hauptausschusses der VVN zugunsten der SED und seine Auflösung 1953 wurde diese Initiative jedoch abgebrochen.⁵⁵

Die erste Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens besuchte die DDR vom 4. bis 17. Juni 1966. Die folgenden Zitate sind dem Bericht der Abteilung Internationale Verbindungen vom 23. Juni 1966 über den Besuch der Delegation entnommen.⁵⁶ In diesem Bericht wurde ausdrücklich vermerkt, daß die spanische Delegation sehr gut vorbereitet war. Das „ermöglichte eine intensive, zielgerichtete und schöpferische Arbeit“ zu Themen wie „die Politik der SED im gegenwärtigen Abschnitt des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, insbesondere Probleme der sozialistischen Demokratie“, die „Bündnis- und Blockpolitik der SED“ und „Fragen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“. Andererseits informierte die spanische KP über „den Kampf des spanischen Volkes gegen die Franco-Diktatur und für die Demokratie“ und legte ihre Politik gegen die Diktatur dar. Diese Politik beruhte ihren Ausführungen zufolge auf dem „breitesten Zusammenschluß aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte“. Sie behauptete, daß diese Politik Wirkung zeigte und daß sich die Bevölkerung immer geschlossener mit der Kommunistischen Partei Spaniens gegen Franco stellte.

Die SED sicherte den Spaniern Unterstützung und Solidarität zu „in ihrem schweren und opferreichen Kampf gegen das faschistische Franco-Regime, für Freiheit und Demokratie.“ Im Gegenzug versprach die KPS der SED ihre Solidarität „im Kampf gegen Revanchismus und Militarismus in Westdeutschland, zur Verhinderung des Zugangs der westdeutschen Militaristen zu Kernwaffen in jeglicher Form, im Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa, um friedliche Koexistenz und eine Konföderation beider deutscher Staaten als Voraussetzung einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands“. Gemeinsam verurteilte man „aufs schärfste die enge Zusammenarbeit zwischen der Bonner Regierung und dem Franco-Regime, die der Unterdrückung des spanischen Volkes und der aggressiven Politik des westdeutschen Imperialismus dient.“

In dem Bericht wurde der Besuch als Erfolg gewertet, der dazu beitrug, „die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Parteien weiter zu

⁵⁵ Die Debatte um die Funktion der VVN und ihr „Verbot“ kann an dieser Stelle nicht vertieft werden. Auch der Gedanke, daß sich Franz Dahlem mittels der VVN eine Gegenposition zu Walter Ulbricht aufbauen wollte, wird hier nicht weiter verfolgt. So konstatierte Ulbricht-Biograph Podewin eine weit zurückreichende Abneigung Ulbrichts gegen Dahlem. Beide waren 1923 gemeinsam in der Organisationsabteilung des ZK der KPD tätig gewesen. Vgl. Norbert Podewin: Walter Ulbricht – Eine neue Biographie, Berlin 1995, S. 60.

⁵⁶ SAPMO BArch DY 30 A IV 2/20/533, unpag.

vertiefen und das gegenseitige Verständnis für die Politik der anderen Partei zu verbessern.“ Es war der SED wichtig hervorzuheben, daß es eine „Übereinstimmung in allen Grundfragen der Politik beider Parteien und des Kampfes um die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung“ gab. Diese guten Beziehungen und die ideologische Übereinstimmung veranlaßten beide Parteien, für das nächste Jahr eine weitere Delegation vorzusehen. Aber erst am 8. Januar 1968 sandte Walter Ulbricht eine neuerliche Einladung an das ZK der KPS.⁵⁷ Die Ereignisse des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei und die damit einhergehende Kursänderung der spanischen KP verhinderte jedoch das Zustandekommen der Delegation.

Ein weiterer Aspekt der politischen Solidarität mit der KPS reicht bereits in den Bereich der materiellen Unterstützung hinein, soll aber, da es nicht nur um finanzielle Fragen ging, in diesem Abschnitt schon erwähnt werden: Die SED schuf organisatorische Voraussetzungen für die konspirative Tätigkeit der Bruderpartei. So ermöglichte die SED 1963 der spanischen KP eine Zusammenkunft ihres Zentralkomitees in der DDR. Am 14. Oktober 1963 hatte die spanische KP darum gebeten, sie „bei der Durchführung einer illegalen Beratung von Genossen des ZK der Kommunistischen Partei Spaniens, die sich in den sozialistischen Ländern befinden, zu unterstützen.“⁵⁸ Die Entscheidung lag bei Walter Ulbricht, der zustimmte, den Spaniern diese Möglichkeit zu gewähren.⁵⁹ Die Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee der SED erstellte im September 1963 einen „Plan für die Vorbereitung und den Ablauf der Sonderveranstaltung“. Dieser erste Plan enthielt weder Angaben, worum es sich bei der „Sonderveranstaltung“ handelte, noch wo sie stattfinden sollte. Der Ort wurde als „Objekt“ bezeichnet.⁶⁰ Ein späterer, ausführlicherer Plan gab als Ort Teupitz, südlich von Berlin, an und legte Details fest. Sogar das Taschengeld für die Teilnehmer wurde bestimmt. Generalsekretär Santiago Carrillo und Partei-Präsidentin Dolores Ibárruri erhielten jeweils 250 Mark, die anderen Politbüromitglieder 150 Mark und der „Rest der Genossen“ 100 Mark.⁶¹ Die spanische Partei schickte am 15. Oktober eine Liste mit 34 zu erwartenden Personen, die aus der UdSSR, Ungarn Rumänien, der Tschechoslowakei, Westeuropa und Lateinamerika anreisen würden.⁶² Durch einen Brief der Abteilung Internationale Verbindungen wurde Walter Ulbricht am 28. Oktober 1963 informiert, daß Dolores Ibárruri am nächsten Tag auf dem Zentralflughafen Berlin-

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

Schönefeld eintreffen würde. Der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, Peter Florin, schlug in diesem Brief vor, „daß ein Mitglied oder Kandidat des Politbüros sie auf dem Flugplatz begrüßt.“ Walter Ulbricht vermerkte handschriftlich auf diesem Brief, daß Hermann Matern, Mitglied des Politbüros, sie abholen sollte.⁶³ Empfangen wurde sie schließlich von Paul Verner, ebenfalls Mitglied im Politbüro. Diese Variante dürfte gewählt worden sein, weil Verner als ehemaliger Kämpfer der Internationalen Brigaden hohe Reputation in der KPS genoß.

Nach Abschluß des Parteitages bat das Zentralkomitee der spanischen KP am 5. November die SED, ihr Kommuniqué zu drucken. Sechs Tage später war die Bitte erfüllt. Am 20. November 1963 bedankte sich das ZK der spanischen KP bei der Abteilung Internationale Verbindungen für die erwiesene Hilfe.⁶⁴

b) *Das Solidaritätskomitee für das spanische Volk in der DDR*

Das „Solidaritätskomitees für das spanische Volk in der DDR“ leistete einen Großteil der ideellen Solidarität mit den Spaniern. In den sechziger Jahren unterstützte dieses neugegründete „Solidaritätskomitee“ mehr als zwölf Protestaktionen. Unter diesen Aktionen waren vor allem Solidaritätsbekundungen für streikende Bergleute, Proteste gegen die Verhältnisse in spanischen Gefängnissen, gegen Todesurteile über einzelne spanische Kommunisten oder Gewerkschaftsführer, Sympathieaktionen für spanische Intellektuelle, die eine Deklaration gegen die Mißhandlung von Bergarbeiterfrauen unterschrieben hatten u.v.m.⁶⁵

Am 23. Februar 1963 fand ein Gespräch zwischen Peter Florin, Horst Geissler und Horst Meyer, alle ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, mit Juan Modesto, einem Mitglied des ZK der KPS, statt. Über das Gespräch fertigte ein Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen einen Bericht an.⁶⁶ Die folgenden Zitate sind diesem Bericht entnommen.

Die Initiative für ein Gespräch war von der SED ausgegangen. Auf dem IV. Parteitag der SED hatte Peter Florin „durch Gespräche mit spanischen Genossen einiges über die Arbeit der spanischen Bruderpartei“ erfahren. Dabei fiel ihm auf, daß nach Aussagen der Spanier viele Menschen „am Kampf unter der Leitung der Partei teilnehmen.“ Peter Florin war der

⁶³ Ebd. Offensichtlich wurde die Entscheidung aber revidiert, denn im Beschlußprotokoll Nr. 38/63 des Sekretariates des ZK hieß es unter Punkt 2, daß Paul Verner zur Begrüßung von Dolores Ibárruri entsandt werde. SAPMO BArch DY 30 J IV 2/2/903.

⁶⁴ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁶⁵ Vgl. ebd.

⁶⁶ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/533, unpag.

Meinung, „daß die spanischen Genossen hier eine sehr gute Arbeit geleistet haben.“ Juan Modesto sollte konkrete Vorschläge unterbreiten, was man von seiten der DDR unternehmen könne, um der spanischen Partei zu helfen. Er schlug eine Zusammenarbeit im Rahmen des schon vorhandenen „Zentrum[s] zur Unterstützung der Kommunistischen Partei Spaniens“ vor. In diesem Zentrum waren die KPdSU, die KP Spaniens, die KP Großbritanniens, die KP Frankreichs und die KP Italiens vertreten. Die Aufgabe der SED, wie auch der anderen Parteien, sollte es sein, in den internationalen Bewegungen wie der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, der Weltfriedensbewegung, dem Weltgewerkschaftsbund u.a. für Solidarität mit den Spaniern zu werben.

Neben dieser Solidarität lautete ein weiterer Vorschlag der spanischen Partei, „daß auch die SED ein umfassendes Komitee“ gründen sollte. Die SED erklärte sich bereit, eine derartige Institution zu bilden. Peter Florin und Juan Modesto besprachen die Aufgaben, die das Komitee übernehmen sollte: Solidaritätsaktionen für politische Gefangene, Unterstützung für Streiks, sowie die regelmäßige Herausgabe eines Informationsbulletins. Auch die Bevölkerung der DDR sollte in die Aktionen einbezogen werden. Den Spaniern ging es vor allem um die „Aufklärung über das Wesen des Faschismus und Franquismus“. Ein wichtiger Punkt war die finanzielle Unterstützung der spanischen KP durch das Komitee. Der Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen hielt in dem Bericht über das Gespräch dementsprechend fest: „Die spanischen Genossen erwarten viel von unserer Hilfe.“⁶⁷

Die SED zeigte sich jedoch bereit, die hochgesteckten Erwartungen zu erfüllen. Peter Florin teilte Juan Modesto zwar mit, daß man das Komitee nicht von jetzt auf gleich gründen konnte und daß es sicher einige Zeit in Anspruch nehmen würde, aber zu den Maßnahmen, die dem Bericht folgten, gehörte neben „Anfertigung eines Aktenvermerks“ und „Hausmitteilung an Walter Ulbricht“ als dritter Punkt „Plan für Aufbau dieses Komitees entwerfen.“

Dem Anhang des Berichts läßt sich außerdem entnehmen, daß die Möglichkeiten zur Sprache kamen, wie man dieses Solidaritätskomitee gründen könnte. Ein völlig neues Komitee würde zu viele Kader, Finanzen etc. benötigen. Peter Florin machte deshalb den Vorschlag, daß man besser „vorhandene Möglichkeiten“ nutzen sollte. Er wollte das neue Komitee dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer⁶⁸ angliedern. Dieses sollte ehrenamtliche Mitarbeiter für diese Arbeit gewinnen. Auch der FDGB, der Bund demokratischer Juristen, der Verband der deutschen

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Zum Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, Bd. 1, S. 513.

Presse, der Schriftstellerverband, die Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden eingeplant. Eine Vorlage für das Sekretariat mußte ausgearbeitet werden. Als sofortige Maßnahme sollte schon jetzt mit der Abteilung Agitation und Propaganda „die Berücksichtigung des spanischen Volkskampfes“ in Presse, Funk und Fernsehen abgesprochen werden.

In Berlin wurde Erich Honecker am 4. Mai 1963 von Peter Florin über die Bitte der spanischen Partei informiert. Honecker, in Abwesenheit Ulbrichts zuständiger ZK-Sekretär, entschied, daß der Beschlußentwurf dem Sekretariat vorgelegt werden sollte. Am 20. Mai 1963 beschloß das Sekretariat die Gründung eines „Solidaritätskomitees zur Unterstützung des Befreiungskampfes des spanischen Volkes“ in der DDR.⁶⁹ Die SED hatte nicht ganz drei Monate gebraucht, um das gewünschte Solidaritätskomitee ins Leben zu rufen. Die technischen Arbeiten sollten vom Apparat des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer geleistet werden. Dieses Komitee und der FDGB sollten aus ihren Solidaritätsfonds die entsprechenden Mittel zu Verfügung stellen.

Der Sekretariatsbeschluß legte die Aufgaben des Solidaritätskomitees konkret fest: „1. Unterstützung der Kampagne für die Amnestie der politischen Häftlinge und politischen Emigranten, 2. Durchführung von Solidaritätsaktionen für den Kampf des spanischen Volkes in der DDR, 3. Aufklärung der Öffentlichkeit in der DDR über die Zustände in Franco-Spanien, den Kampf des spanischen Volkes für die Beseitigung der Franco-Diktatur und über das Vordringen des westdeutschen Imperialismus auf spanischem Boden, 4. Regelmäßige Herausgabe eines Informationsbulletins.“⁷⁰ Dem Komitee sollten 10-15 bekannte Personen der DDR wie Schriftsteller, Regisseure oder Musiker angehören. Die Leitung übernahm Franz Dahlem. Er war zu jener Zeit politisch rehabilitiert und als Mitglied des Zentralkomitees der SED und erster Stellvertreter des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen tätig.

Das „Informationsbulletin des Solidaritätskomitees für das spanische Volk in der DDR“ hatte eine Auflage von 900 Stück und wurde an alle Publikationsorgane der DDR, an Hoch- und Fachschulen, an Persönlichkeiten, Organisationen, an Betriebe und ausländische Spanien- und Widerstandskomitees verschickt.⁷¹ Es veröffentlichte Artikel zur „politischen, wirtschaftlichen und kulturellen, innen- und außenpolitischen Entwicklung in Franco-Spanien.“⁷² Die Herausgeber bemühten sich selbst um Analysen, da „vom ZK der KPSp kaum objektive Angaben über die ökonomische Entwicklung, über die konkrete Lage der Arbeiterklasse – insbesondere der Bauernschaft und des Mittelstandes – zu erwarten

⁶⁹ SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3/885, Bl. 1.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁷² Ebd.

waren.“⁷³ Das Informationsbulletin wurde wie immer auch in eigener Sache verwendet. Es zeigte die Rolle Spaniens „innerhalb der USA-Globalstrategie und der Strategie des westdeutschen Imperialismus in Europa und im Mittelmeerraum“⁷⁴ auf.

Das Ende des Solidaritätskomitees für das spanische Volk kam mit der Legalisierung der spanischen KP am 16. Juni 1977 und den anschließenden Wahlen. Einen Monat später, am 10. Juli 1977, schrieb Franz Dahlem ein „Abschiedsschreiben an die Mitglieder des Präsidiums bei der Auflösung des Solidaritätskomitees“.⁷⁵ Der Brief bezeichnete die ersten freien Wahlen als „eindeutige Absage“ an den „Franquismus“.⁷⁶ „Die progressiven Kräfte und vor allem die spanische Arbeiterklasse [hätten] einen großen Erfolg errungen.“⁷⁷ Diesen Erfolg führte Franz Dahlem unter anderem darauf zurück, daß das Solidaritätskomitee in der DDR an den „internationalen Solidaritätsaktionen der fortschrittlichen Welt“⁷⁸ teilgenommen hatte.

c) *Finanzielle und materielle Unterstützung*

Eine komplette Aufstellung über die von der SED für die KPS geleistete finanzielle Hilfe kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. In den von der Autorin eingesehenen Akten konnte immerhin die Summe von ca. 1,4 Mio. Mark nachgewiesen werden. Es liegt aber nahe, daß es sich tatsächlich jedoch um einen höheren Betrag gehandelt hat. Einerseits bezieht sich diese Summe nur auf die sechziger Jahre, andererseits war nur ein geringer Teil der ausgezahlten Beträge überhaupt vermerkt. Das Geld wurde in Dollar oder tschechischen Kronen ausgezahlt sowie in Sachwerten wie Schreibmaschinen, Paketsendungen oder Handelsgütern zur Verfügung gestellt.

Die finanzielle Unterstützung für die KPS erhöhte sich seit Beginn der sechziger Jahre spürbar. Auf das größere Interesse der SED für die KPS seit den Bergarbeiterstreiks in Spanien ist bereits hingewiesen worden. Der KPS war es gelungen, der SED ihren Einfluß in Spanien positiv darzustellen. Daher konnte sie auch Vorschläge zur Nutzung der in der DDR vorhandenen Hilfsfonds von ca. 300.000 Mark unterbreiten. Diese sollten in Handelsgüter aus der DDR umgetauscht werden, die dann durch eine Firma in Venezuela verkauft werden sollten. Der Erlös aus dem Verkauf sollte der KPS zufließen. Ähnliche Vorschläge hatte die KPS

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ SAPMO BArch NY 4072/228, Bl. 15.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd., Bl. 16.

schon „den Bruderparteien der Tschechoslowakei und Polens unterbreitet“⁷⁹, die den Vorschlag der KPS angenommen hatten. Auch die DDR erklärte sich zu den Transaktionen bereit. Auf diese Art gelang es der KPS, politische Aktionen in Spanien zu finanzieren.⁸⁰

Unterstützungen anderer Art waren Paketsendungen, die aus der DDR direkt nach Spanien geschickt wurden. Das spanische Komitee⁸¹ in Berlin hatte die Volkssolidarität (VS) darum gebeten, den Angehörigen der Gefangenen auch Pakete zu schicken. Die Volkssolidarität machte am 6. Februar 1963 einen entsprechenden Aktenvermerk. Eine spanische Emigrantin in der DDR war für die Leitung der Aktion und für die Kontrolle der Paketsendungen zuständig. Der FDGB und die Organisation der Verfolgten des Naziregimes (VdN) beim Magistrat von Berlin waren in die Aktion miteinbezogen worden. Sie sollten die Absender stellen und „nach Möglichkeit die Begleitadressen an die VS fertiggeschrieben“⁸² liefern. Die Pakete selbst wurden „von der Volkssolidarität allein zusammengestellt und gepackt“.⁸³ Der Warenwert der Pakete dieser einen Kampagne lag bei insgesamt ca. 64.000 Mark. In den Paketen befanden sich hauptsächlich Textilien, „welche in Zusammenarbeit mit dem Magistrat aus Überplanbeständen (Klasse C) ausgesucht wurden.“⁸⁴ Insgesamt waren rund 400 Pakete an über 300 Familien verschickt worden.

Andere Aktionen, vor allem Geldspenden der spanischen Emigranten in der DDR für ihre Partei, waren indes nur zögerlich angelaufen. Die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen teilte der Kommunistischen Partei Spaniens am 14. Dezember 1957 mit, daß zwei in der DDR lebende Spanier aus Magdeburg der KPS 90 Mark gespendet hatten und daß man ihr dieses Geld gutschreiben würde. Zunächst wußte die Abteilung nicht, was sie mit dem Geld anfangen sollte, richtete dann aber ein Konto bei der Deutschen Notenbank in Berlin ein. Die beiden genannten Spanier hatten das Geld „auf Grund eines in der Parteipresse in Mexiko veröffentlichten Aufrufes gespendet.“⁸⁵ Es bestand also die

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Finanzielle Unterstützung erhielt die spanische KP direkt nach dem Krieg aus der Sowjetunion, anderen osteuropäischen Staaten und vor allem aus der Tschechoslowakei. In den siebziger Jahren lag der Anteil der Beiträge aus kapitalistischen Staaten allerdings wesentlich höher. Vgl. Robert Moss: *Revolutionary Challenges in Spain*, London 1974, S. 10 und Interview Carrillo.

⁸¹ Dieses spanische Komitee war eine eigene Organisation der spanischen Emigranten in der DDR, die nicht dem späteren Solidaritätskomitee für das spanische Volk, weder an Bedeutung noch an finanziellen Mitteln gleichkam. Auch wird es kaum in den Akten erwähnt.

⁸² SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/534, unpag.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

Möglichkeit, „daß in Zukunft noch mehr Beträge gespendet werden“⁸⁶. Einem der beiden spanischen Genossen wurde von den SED-Funktionären empfohlen „hier bei uns für den Frieden und für den Aufbau des Sozialismus [zu] arbeiten. Es wird auch die Zeit kommen, wo er aktiv am Kampf in Spanien teilnehmen kann.“⁸⁷

Zwischen 1957 und 1969 finden sich in den Akten keine weiteren Vermerke dieser Art. Erst 1969 wurde wieder eine diesmal wesentlich höhere Summe gespendet: Am 29. Mai 1969 erteilte die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe eine Anweisung mit der Bitte, 50.000 Mark nach Prag an die spanische KP „in Kronen der ČSSR zu überweisen.“⁸⁸ Dieses Geld „wurde von in der DDR lebenden spanischen Genossen zur Unterstützung der Kommunistischen Partei Spaniens gespendet.“⁸⁹

Trotz chronischer Devisenknappheit gab die SED auch selbst Gelder an die spanische KP. Am 21. März 1968 ging eine Anweisung der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen an die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe mit der Bitte um Auszahlung von 40.000 Dollar für die Kommunistische Partei Spaniens. Es gab keine Begründung, wofür das Geld verwendet werden sollte. Es hieß nur lakonisch: „Wir benötigen 20.000 Dollar sofort und 20.000 Dollar Ende April 1968.“⁹⁰

An der finanziellen Unterstützung der ‚Bruderpartei‘ war nicht nur die SED beteiligt, sondern auch die – freilich von ihr kontrollierten – Massenorganisationen. Der FDGB stellte aus seinem Solidaritätsfond in den Jahren zwischen 1962 und 1964 etwa 500.000 Mark zur Verfügung. Dieses Geld wurde den Spaniern in Berlin übergeben, die davon „in der DDR nicht absetzbare Waren“⁹¹ kauften. Über die Außenhandelsorgane der DDR wurde die Ware in das „kapitalistische Ausland“ weiterverkauft. Der Erlös kam der KPS zugute. Um was für Waren es sich handelte und welche Gewinnspanne aus dem Verkauf entstand, konnte aus den Akten nicht ermittelt werden.

Seit Beginn der sechziger Jahre unterhielt der FDGB zu den von den Kommunisten dominierten Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen)⁹²

⁸⁶ SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/272, unpag.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/533, unpag.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁹² Traditionellerweise hatte die spanische KP wenig Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung gehabt. Die beiden großen Gewerkschaften in Spanien waren die von den Anarchosyndikalisten dominierte CNT (Confederación Nacional de Trabajo) und die von der Sozialistischen Partei (PSOE) dominierte UGT (Unión)

ebenfalls gute Beziehungen. Er stellte jährlich „einen Betrag von 1.200,- bis 2.000,- US-Dollar“ für Rechtshilfe „zur Verteidigung spanischer Arbeiter vor den faschistischen Sondergerichten“⁹³ zur Verfügung.

Außerdem sorgte der FDGB dafür, daß die spanische Partei „jährlich für 20-30 TM Schreibmaschinen, Diktiergeräte, Radioapparate und Vervielfältigungsgeräte“⁹⁴ bekam. Im Oktober 1969 erhielt der FDGB die Bestätigung, daß „alle materielle und finanzielle Hilfe ... in die Hände der Arbeiterkommissionen gelangt ist.“⁹⁵

Auch das Solidaritätskomitee für das spanische Volk stand bei der finanziellen Unterstützung nicht zurück. Es überwies „dem Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei Spaniens von 1965 bis Juli 1970 M[ark] 341.000“⁹⁶

Für eine illegale Partei spielt die Parteipresse stets eine wichtige Rolle. So war es für die spanische Partei ausgesprochen schwierig, Zeitschriften zu drucken. Die Zeitschrift „Nuestras Ideas“ z.B. wurde in Belgien hergestellt. Franco hatte allerdings bei der belgischen Regierung erfolgreich dagegen protestiert, so daß man sich nach einem neuen Druckort umsehen mußte. Es war der „Wunsch des ZK der KP Spaniens, ... ‚Nuestras Ideas‘ in der DDR herzustellen“⁹⁷. Also fertigte die ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen eine Vorlage für das Sekretariat an, die am 11. April 1960 beschlossen wurde.⁹⁸ Die daraufhin publizierte Zeitschrift hatte einen Umfang von 90 Seiten und erschien in einer Auflage von 4.000 Exemplaren. Sie wurde in der Druckerei der SED-Bezirkszeitung „Freiheit“ in Halle gedruckt. Ein in der DDR lebender Spanier war für Redaktion, Korrektur, Umbruch und Vertrieb zuständig. Der bisherige

General de Trabajo). Nach dem Sieg Francos im spanischen Bürgerkrieg wurden beide Gewerkschaften verboten. Franco führte statt ihrer eine Einheitsgewerkschaft, das Sindicato Vertical, ein. Innerhalb dieser Einheitsgewerkschaften bildeten sich zuerst in Vizcaya, später überall in Spanien sogenannte Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras). Diese Arbeiterkommissionen waren überparteilich, sie waren weder illegal noch operierten sie verdeckt. Das Sindicato Vertical versuchte jedoch, die Arbeiterkommissionen zu eliminieren. Viele bekannte Arbeiterführer aus diesen Arbeiterkommissionen (der bekannteste ist vielleicht Marcelino Camacho) wurden unter Anschuldigung kommunistischer Betätigung verhaftet. Der spanischen KP gelang es trotzdem, nach und nach ihren Einfluß in diesen Arbeiterkommissionen auszubauen. Zu den ersten Comisiones Obreras 1956 vgl. Robert Moss: *Revolutionary Challenge in Spain*, London 1974, S. 25 ff.; zur Definition der Arbeiterkommissionen aus der Sicht der spanischen KP vgl. Santiago Carrillo: *Memorias. Una vida larga y azorosa marcada por responsabilidades importantes*, Barcelona 1994, S. 482 ff.

⁹³ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/272, unpag.

⁹⁸ Ebd.

Herausgeber wurde beibehalten. Es handelte sich um ein Mitglied der KP Belgiens. Die Finanzierung der Zeitschrift sollte durch ihren Verkauf erfolgen. Ein Fehlbetrag wurde aber von vornherein einkalkuliert. Solange er 4.000 Mark nicht überschritt, übernahm ihn die SED. Als Begründung für den Beschluß des Sekretariates wurde angegeben, daß die Zeitschrift vor allem für die Intelligenz in Spanien und in der Emigration wichtig sei.⁹⁹

Gerade auch bei kleineren Posten unterstützte die SED die spanische ‚Bruderpartei‘ unbürokratisch. Die Propaganda-Abteilung der KPS benötigte elektrische Schreibmaschinen. Bei der KP Spaniens wußte man, daß sie in der DDR hergestellt wurden, konnte sie aber „nicht in den entsprechenden Industrieläden erhalten.“¹⁰⁰ Der Repräsentant der spanischen KP in der DDR wandte sich deshalb an die Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, um Unterstützung in dieser Angelegenheit zu erhalten. Die Schreibmaschinen sollten möglichst kleine Buchstaben haben und mit einem spanischen Alphabet ausgerüstet werden.

Die Bitte der spanischen Partei deutete darauf hin, daß die Schreibmaschinen für konspirative Tätigkeiten der spanischen Partei verwendet werden sollten. Dementsprechend formulierte die Abteilung Internationale Verbindungen, daß die KP Spaniens diese Schreibmaschinen „für die Realisierung bestimmter Aufgaben“¹⁰¹ brauche. Der Erledigungsvermerk auf der Akte zeigt, daß man die konspirative Arbeit der spanischen KP auf diese Weise unterstützte.¹⁰²

d) *Gewährung von Asyl*

Die Hilfe der SED für die in der DDR lebenden Spanier ist eine weitere Facette der mit ‚Bruderparteien‘ geübten internationalen Solidarität. Nach dem Ende des spanischen Bürgerkrieges waren viele Spanier in das benachbarte Frankreich emigriert.¹⁰³ Im September 1950 jedoch wies die französische Regierung einige spanische Kommunisten in sozialistische Länder aus. Auf diesem Wege gelangten Anfang der 50er Jahre ca. 80 Spanier in die DDR.¹⁰⁴ Sie wurden in Dresden zu einem Kollektiv

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Zu den Zahlen der spanischen Emigration insgesamt vgl. Shirley Mangini: *Recuerdos de la Resistencia. La voz de las mujeres de la Guerra Civil española*, Barcelona 1997, S. 167 und David Wingeate Pike: *In the Service of Stalin. The Spanish Communists in Exile, 1939-1945*, Oxford 1993, S. 1. Zu den spanischen Kommunisten im Exil vgl. Joan Estruch Tobella: *El PCE en la clandestinidad 1939-1956*, Madrid 1982, S. 175.

¹⁰⁴ Den anfangs 33 oder 34 ausgewiesenen Spaniern folgten etwas später ihre Familienangehörigen. Auf die Bitte des ZK der KP Spaniens hin beschloß das ZK der

zusammengefaßt. Nach und nach kamen einige Spanier hinzu bzw. konnten auf legalem Wege nach Spanien zurückkehren, so daß sich keine genaue Zahl der spanischen Emigranten in der DDR ausmachen ließ.

Die SED stellte ihnen über ihre entsprechenden Organe – in diesem Falle die Volkssolidarität – die zunächst notwendigsten Dinge zur Verfügung, da die Spanier völlig mittellos in die DDR kamen. Obwohl der Landesausschuß der Volkssolidarität noch am 24. Mai 1950 an alle Kreissekretäre geschrieben hatte, daß nicht genügend Geld vorhanden sei,¹⁰⁵ sorgte die Volkssolidarität stets dafür, daß die spanischen Emigranten Möbel, Decken,¹⁰⁶ Wintermäntel und sogar Unterwäsche erhielten. Entweder kaufte sie die benötigten Sachen selbst, um sie dann an die Spanier auszugeben, oder sie gewährte ihnen direkte finanzielle Unterstützung in Form von Darlehen, deren Betrag ratenweise zurückgezahlt werden konnte.¹⁰⁷

Die langfristige finanzielle Versorgung der Spanier wurde geregelt, indem sie vor 1969¹⁰⁸ als Verfolgte des Naziregimes (VdN) anerkannt wurden und VdN-Rente bekamen.¹⁰⁹ Außerdem wurden sie, wo es ging, in den Arbeitsprozeß in der DDR integriert. Sie erhielten bald nach ihrer Ankunft in verschiedenen Betrieben in oder in der Nähe von Dresden Arbeit. Elf Jahre später arbeiteten 15 Spanier im VEB Flugzeugwerk und jeweils eine Person im Sachsenwerk Niedersiedlitz, beim VEB Herrenmode, bei der DDR-Revue, in der Konsumbäckerei, im VEB Steinkohlenwerk „Willi Agatz“ und im VEB Deutsche Werkstätten Hellerau. Vier Spanier waren beim VEB Schuhfabrik beschäftigt, zwei arbeiteten im VEB Nähmaschinenteile, zwei weitere im VEB

SED am 2. April 1951 die Aufnahme dieser Familienangehörigen und ihre „Unterbringung in Quartiere, Arbeit (Lehrstellen und Schulen) in Dresden.“ SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3/183, unpag.

¹⁰⁵ SächsHStA SED-Landesleitung Sachsen A/455, Bl. 018.

¹⁰⁶ So kaufte die Volkssolidarität z.B. für eine in das Kollektiv nach Dresden übersiedelte spanische Familie „Schlafdecken und Bettwäsche für sechs Personen im Wert von ca. DM 500,-.“ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/534, unpag. Manchmal reagierte die Volkssolidarität aber zu langsam, so daß das technische Büro der SED-Bezirksleitung Sachsen am 3. August 1964 selbst dafür sorgte, daß ein Neuzugang im spanischen Kollektiv eine Decke und ein Kopfkissen erhielt. SächsHStA SED-Bezirksleitung Dresden Abteilung Internationale Verbindungen IV/A/2.18.646, unpag.

¹⁰⁷ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/534, unpag.

¹⁰⁸ Der genaue Termin, wann die DDR die Regelung, Politemigranten als VdN anzuerkennen änderte, konnte nicht ermittelt werden. In einem Brief der Abteilung Internationale Verbindungen vom 13. Februar 1969 an das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer wurde mitgeteilt, daß „die Anerkennung von politischen Emigranten als VdN aus Versorgungsgründen ... überholt [ist]. Ausländer sollen künftig nur als VdN anerkannt werden, wenn sie aktiv gegen den deutschen Faschismus in der Zeit von 1933-1945 gekämpft haben.“ Ebd.

¹⁰⁹ SächsHStA SED-Landesleitung Sachsen A/1807, unpag.

Reparaturwerk für Großraumfahrzeuge Dresden und schließlich drei im VEB Papierverarbeitungswerke.¹¹⁰

Außer der finanziellen Versorgung mußte auch Wohnraum für die Spanier gefunden werden. Nach längerem Suchen erhielten sie schließlich ein Haus in der Hechtstraße in Dresden mit 22 Zimmern und vier Küchen, das 594 Mark Miete monatlich kostete.¹¹¹ 1951 kamen noch zwei weitere Heime in der Arndtstraße und in der Bohrstraße hinzu.

e) *Kaderschule*

Getreu Stalins Diktum, daß die Kader alles entscheiden, kam der Ausbildung von Funktionären der KPS eine besondere Bedeutung zu. Im Zuge der intensiveren Beziehungen zwischen beiden Parteien, richtete die SED für die spanische KP eine Kaderschule in der DDR ein. Der Ort der Schule unterlag strengster Geheimhaltung und wurde nur ein einziges Mal in einem Brief des stellvertretenden Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen an Hermann Axen vom 11. Juli 1967 erwähnt: Limbach-Oberfrohna in der Nähe von Chemnitz.¹¹² In einer Aktennotiz der Abteilung Internationale Verbindungen vom 23. März 1965 wurde außerdem erwähnt, daß die Schule konspirativ „Rancho“ hieß.¹¹³

Der erste Lehrgang an dieser Schule fand vom 6. November 1964 bis zum 10. Februar 1965 statt. Der Leiter der Schule war ein in der DDR lebender Spanier, der die Schule unter einem Decknamen („Cardenas“) leitete.¹¹⁴ Nach einem Bericht der Abteilung Internationale Verbindungen vom Februar 1965 nahmen an dem ersten Lehrgang 31 Spanier aus Westeuropa teil. Das Durchschnittsalter der Schüler betrug 25 Jahre. Die Lehrer kamen teilweise aus Moskau¹¹⁵ oder waren in der DDR lebende Spanier. Die SED übernahm sämtliche Kosten für die Schule.¹¹⁶ Der

¹¹⁰ SächsHStA SED-Bezirksleitung Dresden IV/2/18/006, unpag.

¹¹¹ SAPMO BArch DY 30 IV 2/20/273, unpag.

¹¹² SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Kurz vor seinem Tod bat die Kommunistische Partei Spaniens darum, daß dem Spanier ein Personalausweis auf seinen richtigen Namen ausgestellt würde. Die Abteilung Internationale Verbindungen leitete am 26. Juli 1968 die nötigen Schritte ein, indem sie beim Ministerium des Innern „um Ausstellung eines Personalausweises für Ausländer für den spanischen Genossen Felix Cardador García“ bat, weil der „Genosse sehr schwer erkrankt“ ist und „keine Hoffnung [besteht], ihn am Leben zu erhalten. Da seine Partei großen Wert darauf legt, daß beim Ableben dieses Genossen sein richtiger Name veröffentlicht wird, bitten wir um schnelle Ausstellung eines neuen Personalausweises.“ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/534, unpag.

¹¹⁵ Nach den Angaben Santiago Carrillo im Interview waren alle Lehrer der Schule Spanier.

¹¹⁶ Vgl. Interview Carrillo. Anhand der Akten konnte diese Aussage bestätigt werden.

Bericht über den ersten Lehrgang gab an, daß sogar Wintermäntel für die Spanier gekauft worden waren, weil sie nur Sommerbekleidung hatten. Er enthielt auch einen Stundenplan, der anzeigte, daß der Unterricht jeden Tag von neun bis zwölf Uhr und nachmittags von 14 bis 17 Uhr stattfand. Dieser Stundenplan umfaßte Vorlesungen, Zeit zum Selbststudium und Exkursionen. Außerdem wurden 20 Filme gezeigt. Im Unterricht wurden Themen wie Geschichte, Taktik, Agrarprogramm und Struktur der Kommunistischen Partei Spaniens, Erfahrungen des illegalen Kampfes, die Arbeit mit Bauern, der Mittelschicht und den Massen, die internationale Lage Spaniens, die Propaganda und die sofortigen Aufgaben der KPS sowie ferner der Kampf für die demokratische Freiheit in Spanien behandelt. Auch der dialektische und historische Materialismus, die kapitalistische Produktion, der Klassenkampf im Kapitalismus, der revolutionäre Weltprozeß und der Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz kamen nicht zu kurz. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, Santiago Carrillo, versicherte im Interview mit der Verfasserin 1998, daß es seitens der SED keine Versuche der Indoktrination gab.¹¹⁷ Den Spaniern sei freie Hand gelassen worden.

Exkursionen wurden unternommen nach Dresden in die Gemäldegalerie, nach Seiffen ins Spielzeugmuseum, nach Buchenwald in das Konzentrationslager, nach Eisenach auf die Wartburg und nach Weimar zu den klassischen Stätten sowie in zwei verschiedene Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG). Dabei wurde Buchenwald in dem Bericht als „nützliche Lektion“, die Genossenschaften als interessant, die Gemäldegalerie als langweilig und das Spielzeugmuseum in Seiffen als nur für einige interessant geschildert. Filme wurden hauptsächlich aus der Sowjetunion oder der DDR gezeigt, aber auch aus Spanien, Kuba, Frankreich und Westdeutschland. Sylvester wurde im noblen Hotel „Chemnitzer Hof“ in Karl-Marx-Stadt gefeiert.

Nur zwei der Programme sind in den Akten überliefert. Einmal für den ersten Lehrgang (1964/65) und ein weiteres Mal für den vierten Lehrgang, von dem das Datum unbekannt ist.¹¹⁸ Das Programm für diesen Kurs war weniger dicht gedrängt. Es wurde mehr Zeit für das Selbststudium eingeräumt. Die Themen waren aber sonst die gleichen. Zusätzlich gab es Unterricht in praktischer Arbeit: das „Herstellen von Flugblättern unter den Bedingungen der Illegalität“¹¹⁹. Die Teilnehmer mußten außerdem eine Abschlußprüfung ablegen.

¹¹⁷ Vgl. Interview Carrillo.

¹¹⁸ Durch die fehlenden Berichte über andere Lehrgänge konnte nicht festgestellt werden, in welchem Abstand die Lehrgänge stattfanden. Der Bericht über das Programm des vierten Lehrgangs war ebenfalls ohne Datum.

¹¹⁹ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

Im August 1967 kam der Betrieb der Schule zunächst zum Erliegen. In einer handschriftlichen Notiz ohne Datum und Verfasser wurde festgehalten, daß der Direktor der Schule am 8. Juli 1967 eine Meldung von Radio Nacional Madrid gehört hatte, daß „die KP Spaniens in Ostdeutschland eine Partei-Schule hat, an der junge Kommunisten ausgebildet wurden.“ Die Notiz hielt weiterhin fest, daß „an der Schule ... sehr strenge konspirative Regeln“ herrschten, indem die Namen der Schüler zweimal geändert wurden, bevor sie auf die Schule kamen, und daß „kaum Verbindungen seitens der spanischen Genossen mit der Außenwelt bestehen.“¹²⁰

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen benachrichtigte daraufhin am 11. Juli 1967 den zuständigen ZK-Sekretär Hermann Axen über den Vorfall. Radio Nacional Madrid hatte den Ort, die Namen der Lehrer, des deutschen Verwalters der Schule, des spanischen Dolmetschers und 23 Namen der Schüler des achten Lehrgangs genannt. Axen wurde darüber informiert, daß bis zum 7. Lehrgang alles reibungslos verlaufen wäre und daß der Generalsekretär der spanischen KP „seine Zufriedenheit über die Arbeit der Schule zum Ausdruck gebracht“¹²¹ hätte. Der Direktor der Schule hätte geäußert, daß „der Verräter sich unter den Schülern des achten Lehrganges befand.“¹²² Die Nachricht dürfte nicht ganz überraschend gewesen sein, denn die zuständigen Stellen in der DDR hatten selbst bereits Nachforschungen angestellt. „[D]ie Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit nehmen an, daß der Klassenfeind seit längerer Zeit im Bilde ist, daß an der Schule in Limbach-Oberfrohna sich Mitglieder einer illegalen Partei befinden.“¹²³

Weiter legte die Abteilung Internationale Verbindungen dar, daß sie mit dem Bevollmächtigten der spanischen KP in der DDR eine Aussprache durchführen wollte, in der die Varianten des weiteren Vorgehens besprochen werden sollten. Als Möglichkeiten wurden festgehalten: „a) Weiterführung der Lehrgänge an der Schule und maximale Verbesserung der konspirativen Arbeit seitens der spanischen Genossen b) Verlegung der Lehrgänge in ein anderes Objekt der DDR. Zeitweilige Unterbrechung der Lehrgänge c) Verlegung der Lehrgänge nach einem Objekt eines anderen sozialistischen Landes.“¹²⁴ In dem Brief hieß es aber auch, daß die Zusammenarbeit „mit den spanischen Genossen ... bisher ausgezeichnet

¹²⁰ Ebd. In einer Aktennotiz der Abteilung Internationale Verbindungen vom 23. März 1965 wurde erwähnt, daß die Abteilung nicht einmal zugestimmt hatte, „daß eine Laiensingegruppe der BL [Bezirksleitung] die Genossen im „Rancho“ besucht.“ Ebd.

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd.

verlaufen“ und daß „ihre Tätigkeit ... im Vergleich zu anderen illegalen Parteien am wirkungsvollsten“¹²⁵ war.

Die Aussprache mit dem Bevollmächtigten der KPS in der DDR fand bald darauf statt. Die Abteilung Internationale Verbindungen fertigte am 2. August 1967 einen Aktenvermerk über diese Aussprache an. Der Spanier bedankte sich bei der SED-Führung für die „großzügige Hilfe, die wir der spanischen Partei seit langem gewähren.“¹²⁶ 230 Schüler hätten bis dato die Schule besucht. Viele dieser Schüler hätten nach dem Besuch der Schule „verantwortliche Funktionen sowohl in der Partei, als auch in den verschiedenen Massenorganisationen“¹²⁷ inne. Der Bevollmächtigte erklärte, daß bei der illegalen Arbeit in Spanien schon mehrere Schüler verhaftet worden seien, aber „bis jetzt hätte keiner von diesen irgendwelche Aussagen über die Schule gemacht. Genossen des 8. Lehrganges waren bei der Vorbereitung und bei Manifestationen des 1. Mai verhaftet worden.“¹²⁸ Danach seien in kurzer Zeit 21 von 26 Teilnehmern dieses Lehrgangs verhaftet worden. Die spanische Partei würde noch ermitteln. Sie wolle der Abteilung Internationale Verbindungen einen Bericht zukommen lassen, in dem sie auch „die Meinung der spanischen Genossen, ob die Schule in dem Stil weitergeführt werden soll“¹²⁹, darlegen wollte.¹³⁰

Die SED-Funktionäre versicherten im Gegenzug, daß „wir auch weiterhin den spanischen Genossen jede nur mögliche Hilfe zukommen lassen werden. Genosse Axen sagte wörtlich: ‚Sie sind die Besitzer dieser Schule und Sie bestimmen was geschehen soll. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Schule verlegt werden soll, dann bitten wir Sie, uns das mitzuteilen und sie werden ein anderes Objekt bekommen. Wenn Sie den Lehrgang teilen wollen, dann sagen Sie uns das und wir werden Ihre Wünsche erfüllen.“¹³¹

Ein Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen machte am 19. November 1967 eine Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Vertreter der KPS in der DDR. Dieser hatte in dem Gespräch mitgeteilt, daß man die Schule fortführen wolle. Sie solle nur an einen anderen Ort verlegt werden. Von seiten der Abteilung Internationale Verbindungen schlug man vor „in Zukunft evtl. auch die legalen Möglichkeiten ... auszunutzen, d.h. evtl. die Schule in eine Bezirksparteischule einzugliedern.“¹³²

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ In den Akten war dieser Bericht nicht zu finden

¹³¹ SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

¹³² Ebd.

Lange wurde der Schulbetrieb aber nicht mehr aufrechterhalten. Am 3. Mai 1968 schrieb die Abteilung Heime und Schulen an die Abteilung Internationale Verbindungen, daß die „Sonderschule Kändler“ an die Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt übergeben werden sollte.¹³³ Daß es sich bei dieser ‚Sonderschule‘ um die Parteschule der Spanier handelte, ging aus einem Brief der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe an die Abteilung Internationale Verbindungen vom 22. Mai 1968 hervor.¹³⁴ Als Leiter der Schule wurde derselbe Spanier wie bei ‚Rancho‘ genannt.

Die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe teilte der Abteilung Internationale Verbindungen in diesem Brief mit, daß die Lehrgangsmaterialien abgeholt werden sollten und daß der Direktor der Schule ab dem 1. Juni kein Gehalt mehr erhalten würde. Ein Grund für die Auflösung der Schule wurde nicht genannt.¹³⁵

IV. *Fazit*

Für das Selbstverständnis der SED spielte das Prinzip der „antiimperialistischen Solidarität“ eine große Rolle. Es sollte den revolutionären Weltprozeß forcieren. In diesem Kontext muß auch die Hilfe für die spanischen Kommunisten betrachtet werden. Die SED hatte die Hoffnung, daß es in Spanien als „schwächstem Kettenglied in Europa“ am ehesten zur „demokratischen Umgestaltung“ kommen könnte. „Die Solidarität hilft siegen“¹³⁶ war deshalb Beweggrund für die Unterstützung der Spanier. Dabei war diese Unterstützung - wie gezeigt - breitgefächert: von Protestresolutionen bis zum Kauf von Schreibmaschinen zur konspirativen Arbeit. Von der Kaderausbildung bis zu Unterhosen für in der DDR lebende spanische Kommunisten.

Sicher kann man zudem davon ausgehen, daß die Erfahrungen mit der KPS auch Einfluß auf spätere, ähnlich gelagerte Fälle wie z.B. Chile hatten. Die Abwendung von der KPS Ende der siebziger Jahre hängt nicht nur mit deren ideologischer Umorientierung in Richtung Eurokommunismus und ihrem Mißerfolg bei den ersten freien Wahlen in Spanien zusammen. In den siebziger Jahren setzte die SED andere Prioritäten: Mosambik, Angola und Vietnam boten ein wesentlich größeres Revolutionspotential als das sich an westlichen Demokratien orientierende Spanien.

¹³³ SAPMO BArch DY 30 IV A 2/20/534, unpag.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ob die Schließung der Schule mit der Kursänderung der KPS nach dem Prager Frühling zusammenhing, konnte nicht ermittelt werden. Auch ein Zusammenhang mit dem Tod ihres Leiters konnte nicht nachgewiesen werden (siehe oben Anm. 114). Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED, alle Solidaritätsfonds für die spanische Partei in der DDR zu stornieren, datierte erst vom 28. Oktober 1970. Vgl. SAPMO BArch DY 30 vorl. SED 40808, unpag.

¹³⁶ Erich Honecker: Reden und Aufsätze, Bd. 5, Berlin (O) 1978, S. 123.

Autoren

Frank Hirschinger

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Inga Grebe

Doktorandin, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Matthias Uhl

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Robert Grünbaum

Dr. phil., Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Bayreuth

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 3 / 1997

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)
Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945 bis 1989.
Eine Diskussion mit Zeitzeugen.

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstock,
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

Heft 5 / 1998

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und Isolde Stark.
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und
Matthias Uhl.

ISSN 1433-7886